

Gewerkschaften in Italien: starke Organisationen, begrenzte Wirkung

von ■ Salvo Leonardi

Mit der Formel »verschiedene Welten, ähnliche Herausforderungen« hat Steffen Lehndorff die Lage der Gewerkschaften in Europa zusammengefasst (Sozialismus.de 2/2019). In Frankreich, so Jean-Marie Perrot, zeichnen sich die Gewerkschaften durch schwache Organisationsmacht, erodierende institutionelle Ressourcen und politische Spaltung aus (3/2019). Um Richtungsgewerkschaften handelt es sich auch in Italien – gleichwohl repräsentieren sie dort in gewisser Hinsicht ein Gegenmodell: hohe Organisationsmacht in einem institutionell wenig geregelten System industrieller Beziehungen. Salvo Leonardi analysiert die Entwicklung der italienischen Gewerkschaften und ihre Revitalisierungsanstrengungen.

Die italienische Gewerkschaftslandschaft ist wie in anderen Mittelmeerländern durch einen politischen Pluralismus geprägt, der aus den ideologischen Konflikten nach dem Zweiten Weltkrieg hervorgegangen ist. Neben den drei zentralen Gewerkschaftsorganisationen (CGIL, CISL und UIL) gibt es einige kleinere, darunter »autonome« Gewerkschaften, die im Bank- und Verkehrswesen ziemlich stark sind, sowie radikale linke Gewerkschaften (USB), die nur in einigen Branchen wie der Logistik von Bedeutung sind.

Forum Gewerkschaften

Die CGIL war traditionell mit linken Parteien verbunden (in einer »organisierten Dialektik« zwischen kommunistischer Mehrheit und sozialistischer Minderheit). Die CISL, die ursprünglich den Christdemokraten nahestand, hatte viele Mitglieder, die auch mit Parteien aus einem breiteren politischen Spektrum sympathisierten. Die UIL war hauptsächlich mit dem rechten Flügel der Sozialistischen Partei oder der kleinen Sozialdemokratischen Partei verbunden. Seit Ende der 1960er Jahre untersagen die Gewerkschaftsstatuten ihren Funktionär*innen die Übernahme von Verantwortung in politischen Parteien. Das



9.2.2019, Rom, über 100.000 Gewerkschaftskolleg*innen demonstrieren (dpa)

trug dazu bei, ideologische Spaltungen innerhalb der Arbeiterklasse zu überwinden.

Dennoch haben die Verbindungen zu den politischen Parteien in Form von Doppelmitgliedschaft und individuellem Engagement Bestand und beeinflussen auch die Beziehungen zu den Regierungen. Dies gilt insbesondere für die CGIL, deren Mitglieder traditionell stärker politisiert und militant sind. Versuche, eine neue, mit der fremdenfeindlichen Lega verbundene Gewerkschaft zu gründen, sind bislang gescheitert, auch wenn viele Gewerkschaftsmitglieder die Lega oder auch die gewerkschaftsfeindliche Fünf Sterne Bewegung (M5S) wählen.

1. Vom Partner zum Outsider des politischen Systems

Historisch erlebte die italienische Arbeiterbewegung in den 1960er bis 1980er Jahren — auch dank der gegenseitigen Befruchtung von kommunistischen, sozialistischen und katholischen Kulturen und Identitäten — auf der Welle großer Klassenkämpfe eine der längsten Perioden gewerkschaftlichen Wachstums und gewerkschaftlicher Macht. Obwohl die italienischen Gewerkschaften eine institutionalisierte Mitbestimmung ablehnten, erwies sich ihr Einfluss damals als nicht weniger stark als in Ländern mit Arbeitnehmervertretung auf Vorstandsebene.

Ab den 1980er Jahren begann sich jedoch das Kräfteverhältnis zu verschieben, und italienische Gewerkschaften und die ihnen nahestehenden Intellektuellen begannen mit wachsendem Interesse auf den Neo-Korporatismus zu blicken — just in dem Moment, da er in seinen nordeuropäischen Hochburgen in eine Krise geriet. Seit Anfang der 1990er Jahre entwickelte sich Italien zu einem der Länder, in denen ein »neo-korporatistisches Revival« (Crouch 1998) stattfand: Während die Streikbewegungen zurückgingen, wurden eine Reihe von Sozialpakten auf nationaler Ebene abgeschlossen. Vor allem in Vorbereitung auf den Beitritt Italiens zur Europäischen Währungsunion gab es gemeinsame Anstrengungen vonseiten der Regierung und Tarifvertragsparteien zur Senkung der Inflationsrate und zur Steigerung des Wachstums, die in eine Rahmenvereinbarung über die Arbeitsbeziehungen mündeten. Das am 23. Juli 1993 unterzeichnete dreiseitige Protokoll war der krönende Abschluss dieser Bemühungen und legte die Rahmenregeln für Tarifverhandlungen, Lohnpolitik, betriebliche Interessenvertretung und Arbeitsmarktpolitik fest.

Doch in den Jahren der Euro-Krise verloren die EU-Institutionen die Geduld mit diesen Verfahren und forderten die nationalen Regierungen auf, einseitige und oft drakonische Maßnahmen durchzusetzen. In Italien und anderen Ländern wurde der Korporatismus durch einseitige Maßnahmen der Regierung ad acta gelegt. Im August 2011 richtete die EZB ein berühmt gewordenes »geheimes Schreiben« an die damalige Berlusconi-Regierung, in dem sie eine Reihe dringend erforderlicher »Reformen« — im Rentensystem, bei der Flexibilisierung des Arbeitsmarkts sowie der Dezentralisierung der Tarifverhandlungen — zur Bedingung für den weiteren Kauf italienischer Staatsanleihen erklärte (Simonazzi 2014). Der Auftrag wurde gehorsam ausgeführt.

Seit dieser Zeit haben alle Ministerpräsidenten — von Berlusconi über Monti und Renzi bis hin zu den Repräsentanten der gegenwärtigen »gelb-grünen« Koalition — ihre Abneigung gegen die »alte« Politik des dreiseitigen sozialen Dialogs zum Ausdruck gebracht und sich für das uneingeschränkte Recht auf Maßnahmen im Bereich des Arbeitsmarkts ohne vorherigen Austausch mit den Sozialpartnern eingesetzt. Den Gewerkschaften und insbesondere der CGIL wurde vorgeworfen, Befürworter eines ausgedienten Vertretungskonzepts zu sein, das sich auf die Wahrung der Interessen der letzten Bastionen »geschützter« Arbeitskräfte konzentriert und zunehmend den Kontakt zur jüngeren Generation und zur neuen Arbeitswelt verliert. Die Tatsache, dass diese Kritik auch von den Mitte-Links-Regierungen nachdrücklich bekräftigt wurde, zeigt die größer gewordene Kluft zwischen Gewerkschaften und politischen Parteien. Die Organisationen der Arbeiterbewegung haben offenbar keinen politischen Partner mehr, an den sie sich innerhalb der parlamentarischen Institutionen wenden können. Die italienischen Gewerkschaften sind zunehmend marginalisiert in einem politischen System, das von den »alten Ritualen« des politischen Austauschs nichts mehr hält und für die Rolle, die Gewerkschaften im gesellschaftlichen Interessenausgleich spielen können, nur noch Geringschätzung übrig hat.

2. Trotz allem: immer noch stark

Ein Schlüsselindikator für die Macht der Gewerkschaften ist ihre Mitgliederstärke. Die drei großen Konföderationen hatten 2017 rund 11,8 Millionen Mitglieder, was rund einem Fünftel der erwachsenen Einwohner Italiens entspricht. Davon sind 5,5 Millionen in der CGIL, die damit nach dem Deutschen Gewerkschaftsbund und dem Britischen TUC die drittgrößte Gewerkschaft Europas ist. Zweitgrößte Gewerkschaft Italiens (und viertgrößte Europas) ist die CISL mit 4 Millionen Mitgliedern, drittgrößte die UIL mit 2,25 Millionen.¹

Die Branchenstruktur der Mitgliedschaft hat sich enorm verändert: 1981 arbeiteten noch knapp die Hälfte aller Gewerkschaftsmitglieder im verarbeitenden Gewerbe, heute sind es etwas mehr als 20%. Die CGIL und die CISL haben ihre größten Mitgliedsverbände mittlerweile in den Bereichen Handel, Hotels und Restaurants, Reinigung und Sicherheitsdienste. Ein wachsender Teil der Gewerkschaftsmitglieder ist bereits in Rente:² Ihr Anteil stieg von 20% im Jahr 1981 auf fast 50% im Jahr 2016 (Abbildung 1).

Salvo Leonardi ist Forscher an der Fondazione Giuseppe Di Vittorio in Rom. Übersetzung aus dem Englischen von Steffen Lehndorff. Der Text ist eine Kurzfassung des Italien-Kapitels im Buch »Rough waters – European trade unions in a time of crises«, das kürzlich beim Europäischen Gewerkschaftsinstitut (ETUI) in Brüssel erschienen ist (Hrsg. von S. Lehndorff, H. Dribbusch und T. Schulten). Die drei Herausgeber haben einen Überblick über dieses Buch in deutscher Sprache veröffentlicht (www.iaq.uni-due.de/iaq-forschung/ oder www.boeckler.de/wsi_64282.htm).

¹ Die hohe Mitgliederzahl wirkt sich auch auf die vergleichsweise starken finanziellen Ressourcen aus: Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von 1% des Gehalts wird von den Arbeitgebern vom Gehalt abgezogen und an die Gewerkschaften überwiesen. Weitere Mittel kommen von gewerkschaftlichen Steuerberatungs- und Wohlfahrtsorganisationen, die z.B. auch in Deutschland tätig sind.

Dennoch ist der gewerkschaftliche Organisationsgrad auch unter den abhängig Beschäftigten (der sogenannte Netto-Organisationsgrad)

weiterhin hoch. Wie in den meisten anderen Ländern ist er zwar längerfristig zurückgegangen, doch der Abwärtstrend ist langsamer und verhaltener als anderswo. 1980 lag er bei 41%, heute wird er auf 33% (Carrieri/Feltrin 2016) bis 36% (ILO 2017) geschätzt. Zu den am besten organisierten Gruppen gehören Einwandernde: Von den insgesamt rund zwei Millionen eingewanderten Beschäftigten sind 939.000 Gewerkschaftsmitglieder – ein Organisationsgrad von etwa 45%. Die größten Probleme haben die Gewerkschaften dagegen bei den unter 35-Jährigen, wo der Organisationsgrad um 30 Prozentpunkte unter dem der 45-60-Jährigen liegt. Die Jungen leiden am meisten unter der Arbeitslosigkeit und der zunehmenden Prekarität der Beschäftigungsverhältnisse – Italien ist »no country for young men (and women)« (Simonazzi 2014: 70).

Insgesamt gehört der Netto-Organisationsgrad in Italien trotz dieser Probleme weiterhin zu den höchsten in Europa und wird nur von dem in nordischen Ländern sowie Belgien übertroffen, wo die Gewerkschaften die Arbeitslosenunterstützung verwalten.

3. Das Tarifvertragssystem: einstweilen gerettet

Zu den Besonderheiten der italienischen Arbeitsbeziehung gehört die geringe Bedeutung gesetzlicher Regelungen und das hohe Maß an Gestaltungsfreiheiten durch die Tarifparteien. Italien ist neben Schweden und Dänemark der einzige Mitgliedstaat der EU, der weder über einen gesetzlichen Mindestlohn noch über einen formalen Mechanismus zur Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen verfügt. Im Rahmen des Arbeiter-

Abbildung 1: Zusammensetzung der Mitgliedschaft* von CGIL, CISL und UIL, 1981-2016



* Ohne Selbständige, Arbeitslose u.a. nicht Erwerbstätige
Quelle: Carrieri and Feltrin (2016), eigene Aktualisierung

statuts von 1970 werden die Formen der Interessenvertretung und andere Elemente der Arbeitsbeziehungen durch drei- oder zweiseitige Vereinbarungen geregelt.

Das Tarifverhandlungssystem ist zweistufig organisiert. Auf nationaler Ebene werden Grundregeln vereinbart, die unter Beachtung des Günstigkeitsprinzips auf regionaler oder Unternehmensebene präzisiert werden können. Branchenweite Vereinbarungen sollen einen Inflationsausgleich sichern und einen Mindestlohn garantieren, der (gemäß Artikel 36 der italienischen Verfassung) ausreichen muss, »um einer Person und ihrer Familie eine freie und würdige Existenz zu ermöglichen«. Die Rechtsprechung hat den nationalen Branchen-Tarifverträgen diesen Status zuerkannt, sodass die dort vereinbarten Mindestlöhne ohne weitere staatliche Prozeduren juristisch allgemeinverbindlich sind. Auf diese Weise gelten die in den Branchenverträgen vereinbarten Lohnuntergrenzen für fast 90% aller Beschäftigten – eine der höchsten Deckungsraten in Europa.

Dieses Privileg der Mindestlohnsetzung wird von den Gewerkschaften (und auch den Arbeitgebern) eifersüchtig verteidigt. So lehnen alle Gewerkschaften die von der aktuellen Regierung geplante Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns ab. Dagegen schlagen sie einen Mechanismus der Allgemeinverbindlicherklärung vor, der den von den repräsentativsten Verbänden unterzeichneten Tarifverträgen zusätzliche verbindliche Wirkung verleiht. Der Grund für diese Forderung ist ein Boom von Branchentarifverträgen, die nicht von den drei großen (>repräsentativsten<) Gewerkschaften abgeschlossen wurden. Zwischen 2008 und 2017 hat sich die Zahl derartiger Verträge mehr als verdoppelt, was die Gefahr des Lohndumpings innerhalb von Branchen enorm erhöht hat.

Seit einiger Zeit gibt es eine Debatte darüber, ob dieses zweistufige System der Lohnverhandlungen den Spielraum für Verhandlungen auf Unternehmensebene und für leistungsabhängige Löhne einschränke und durch ein Modell der organisierten Dezentralisierung ersetzt werden müsse. Begleitet wurde dies von einem Prozess zunehmender zwischengewerkschaftlicher Spaltungen sowie gezielter Angriffe auf das bisherige System. So durchlief das Tarifvertragssystem eine tiefe Krise mit heftigen Konflikten über die Fragen der Repräsentativität und der betrieblichen Abweichungen.

ISW **analysen. fakten. argumente.**
institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung e.V.

Ein Autorenkollektiv des isw beleuchtet aus unterschiedlichen Blickwinkeln die Verflochtenheit der Weltwirtschaft, aus der sich, gepaart mit der tagtäglichen Kriegsrhetorik einzelner Global Player eine gefährliche Konkurrenzentwicklung ergibt, die leicht zu einem "heißen" globalen Krieg eskalieren könnte. FRANZ GARNREITER: Hyperglobalisierung. Die neue Phase der Globalisierung
CONRAD SCHUHLER. Trumps "America first" – der Versuch, die USA zur unumschränkten globalen Supermacht zu machen
FRED SCHMID: Trumps Wirtschaftskrieg gegen China
CHARLES PAULI: Europa-USA: Rosinenpicken und Sonderkonditionen
WALTER LISTL: Die USA auf dem Weg vom Handelskrieg zum heißen Krieg?
CONRAD SCHUHLER: Handelskriege? Heiße Kriege? Wo bleibt die "fortschrittliche Internationale"?

isw-report 115
Dez. 2018 / 56 S. / 4,50 Euro + Vers.

Bestellungen an: isw e.V., Johann-von-Werth-Straße 3, 80639 München
fon 089-130041, fax 168 94 15, isw_muenchen@t-online.de

alle lieferbaren Publikationen und weitere Informationen finden Sie auf unserer Internetseite

www.isw-muenchen.de

Garnreiter / Listl / Pauli / Schmid / Schuhtler

GLOBALER WIRTSCHAFTSKRIEG
Der Aufstieg Chinas.
Zerbricht der Westen?



Schutzgebühr: 4,50 Euro

ISW **REPORT NR. 115**
Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V.

Diese Krise begann 2009 mit Rahmenvereinbarungen über eine schwächere Lohnleitlinie, die nur von CISL und UIL abgeschlossen wurden und zugleich die Möglichkeit der betrieblichen Abweichung zuungunsten der Beschäftigten beinhalteten. Die CGIL, die sich weigerte, diese Abkommen zu unterschreiben, wurde dann (immerhin als größte Gewerkschaft) mit einer abweichenden Unternehmensvereinbarung zwischen FIAT, CISL und UIL übergangen und faktisch von Verhandlungen auf betrieblicher Ebene ausgeschlossen. CGIL und vor allem ihre Metallgewerkschaft FIOM starteten daraufhin eine breite öffentliche Kampagne; in ihrer Opposition gegen antigewerkschaftliche Diskriminierung wurde sie auch durch eine Reihe von Gerichtsurteilen bestärkt. Die heftigen Auseinandersetzungen führten schließlich zu neuen Rahmenvereinbarungen, die im Juni 2011 von den drei großen Gewerkschaften und dem Arbeitgeberverband Confindustria abgeschlossen wurden. Sie beinhalteten zum einen Regeln darüber, wer das Recht zur Teilnahme an Verhandlungen hat und wann eine Vereinbarung als ausreichend repräsentativ angesehen werden kann, um für beide Seiten verbindlich zu sein.³ Zum anderen ließen sie unter eng gefassten Bedingungen und zu bestimmten Themen betriebliche Abweichungen zu, bestätigten aber grundsätzlich das Günstigkeitsprinzip. Dies ermöglichte der CGIL nach internen Kontroversen die Zustimmung.

Kurz darauf, im August 2011 (es waren die letzten Wochen der Ära Berlusconi), erließ die Regierung – den Anordnungen in dem oben erwähnten »geheimen Brief« der EZB folgend – unter Missachtung der Übereinkünfte zwischen den Tarifparteien eine Gesetzesverordnung, die den Weg zu einer drastischen Dezentralisierung des Tarifvertragssystems ebnen sollte. Danach können auf Unternehmens- oder Regionalebene mit den jeweils größten Gewerkschaftsorganisationen Vereinbarungen abgeschlossen werden, die für die Beschäftigten ungünstiger als die branchenweiten Rahmenabkommen oder sogar gesetzliche Standards sind. Dies wurde allerdings postwendend von den wichtigsten Tarifvertragsparteien mit einer gemeinsamen Bekräftigung der Ziele und Inhalte der zwei Monate zuvor unterzeichneten Rahmenvereinbarung beantwortet. Damit ist die von der Regierung beabsichtigte unorganisierte Dezentralisierung in der Praxis einstweilen abgeblockt.

Insgesamt ist der Umfang von Verhandlungen auf Unternehmensebene weiterhin noch recht begrenzt und betrifft etwa 20% der Arbeitgeber und etwa 35% der Beschäftigten in mittelgroßen Unternehmen vor allem Mittel- und Norditaliens. Laut verschiedener Umfragen sind davon zwischen 5 und 10% abweichende Vereinbarungen. Vor allem in kleinen Unternehmen mag zu diesem niedrigen Anteil auch das Fehlen betrieblicher Interessenvertretungen beitragen. Auch dies bestärkt diejenigen, vor allem die CGIL, die sich gegen eine stärkere Dezentralisierung der Tarifverhandlungen aussprechen.

4. Revitalisierungsstrategien

Die italienischen Gewerkschaften bemühen sich auf verschiedenen Feldern – Organizing, Dienstleistungen, Fusionen, Stärkung der Gewerkschaftsdemokratie, soziale Bündnisse –, ihren Einfluss über die zunehmend erodierenden traditionellen

Bastionen hinaus zu erweitern. Besonders wichtige Kontaktmöglichkeiten ergeben sich durch Dienstleistungen für einzelne Arbeitnehmer*innen und auch Selbständige.

In Italien erbringen die Gewerkschaften ein breites Spektrum an gesetzlich anerkannten und geförderten Dienstleistungen in der Renten-, Rechts- und Steuerberatung sowie im Bereich der Sozialleistungen. Die meisten dieser Dienstleistungen werden sowohl Mitgliedern als auch Nichtmitgliedern angeboten, aber sobald der Kontakt hergestellt ist, werden diese eingeladen, Gewerkschaftsmitglied zu werden. Allein die CGIL stellt auf diesem Wege jährlich rund 600.000 Mitgliedsausweise aus.

Das Engagement für Migrant*innen ist dabei ein strategisches Thema. Die Gewerkschaften richten örtliche Beratungsbüros ein, die bei der Bewältigung bürokratischer Anforderungen helfen; sie übersetzen und verbreiten Tarifverträge und arbeitsrechtliche Vorschriften und setzen sich für Regelungen in Kollektivvereinbarungen ein, die spezifische Bedürfnisse von Eingewanderten berücksichtigen.

Ein weiterer wichtiger Anlaufpunkt für potenzielle Mitglieder sind sozialpartnerschaftliche Unterstützungsdienste, die aus Mitteln der Arbeitgeber finanziert werden. Sie organisieren soziale Hilfen in Bereichen wie Rente, Gesundheit oder Aus- und Weiterbildung v.a. in Branchen wie Bauwirtschaft, Handel und Tourismus, die ansonsten schwer für die Gewerkschaften zu erreichen sind. Hier engagiert sich die CISL besonders stark, und viele Beschäftigte wissen die Bemühungen der Gewerkschaften zur Verbesserung ihrer Lebensumstände zu schätzen.

Viele der Initiativen zur Revitalisierung der Gewerkschaften konzentrieren sich auf die Organisation von ungeschützten Beschäftigten: junge und prekär Beschäftigte, wirtschaftlich abhängige (Schein-)Selbständige und Wissensarbeiter*innen. Ende der 1990er Jahre gehörten die italienischen Gewerkschaften zu den ersten, die spezielle Organisationen für abhängige »Selbständige« und Leiharbeiter*innen gründeten. Derzeit haben Gewerkschaften für atypische Beschäftigte insgesamt 205.000 Mitglieder (1998 waren es noch 80.000) – ein positiver Trend, aber noch lange nicht zufriedenstellend. Die CGIL hat einen nationalen Ausschuss für Freiberufler*innen (Architekt*innen, Rechtsanwält*innen, Übersetzer*innen, Physiotherapeut*innen usw.) eingerichtet, sodass jetzt gemeinsame Bemühungen gestartet werden konnten, um Arbeits- und Sozialstandards über die traditionellen Grenzen abhängiger Beschäftigung hinaus zu verankern.

Seit einigen Jahren wird permanent und massiv gegen prekäre Beschäftigung mobilisiert, zum Beispiel in Möbelhäusern, bei Fast-Food-Multis, in Callcentern und in der Logistik. Die jüngsten Kampagnen betrafen besonders aufsehenerregende

² Die italienische Besonderheit liegt hier darin, dass Beschäftigte mit dem Renteneintritt von ihrer bisherigen Branchengewerkschaft in einen speziell für sie eingerichteten Mitgliedsverband wechseln, der Dienstleistungen für Rentner*innen erbringt und deren Interessen vertritt.

³ Vereinbarungen sind dann verbindlich, wenn sie von Gewerkschaften unterzeichnet werden, die mindestens 50% der betroffenen Beschäftigten vertreten. Dieser Schwellenwert wird als gewichteter Durchschnitt von Mitgliederzahlen und Stimmen bei Wahlen zu betrieblichen Interessenvertretungen berechnet.

Fälle des zunehmenden Missbrauchs in den Bereichen Low-Cost-Lieferungen und Fahrdienste. Multinationale Riesen wie Amazon oder Ryanair wurden gezwungen, Abkommen zu unterzeichnen. Auf ihrem letzten Kongress (2019) hat die CGIL »Arbeit 4.0« zum Dreh- und Angelpunkt ihrer Strategie für die kommenden Jahre gemacht. Gegen tayloristische Zwangsanforderungen wie bei Amazon, wo Zusteller*innen alle drei Minuten ein Paket ausliefern sollen, wird eine Kampagne mit dem Slogan »Verhandeln mit dem Algorithmus« entwickelt.

Ein weiterer Schwerpunkt ist seit einigen Jahren die Bekämpfung der Fremdenfeindlichkeit in der Gesellschaft und am Arbeitsplatz, die dem von Parteien wie der Lega verbreiteten Chauvinismus entgegentritt. Auch unter Arbeitnehmer*innen und Gewerkschaftsmitgliedern gibt es viele Wähler*innen dieser fremdenfeindlichen Partei. Hier liegt eine große Herausforderung, wenn man bedenkt, dass ein Führer wie Salvini im ganzen Land immer beliebter wird. In der Landwirtschaft liegt der Schwerpunkt auf der Bekämpfung der Plage der »Über-Ausbeutung« von Eingewanderten. Den Betroffenen wird rechtliche und arbeitsvertragliche Hilfe gegeben durch mobile Einheiten und »Gewerkschaftsarbeit auf der Straße«. Einer der größten Erfolge der Gewerkschaften war die Verabschiedung eines Gesetzes im Jahr 2016, das Zwangsarbeit, Sklaverei und illegale Arbeitsvermittlung durch Gangsterbosse mit schweren Strafen bedroht.

5. Politische Programme

Staatliche Maßnahmen für mehr und bessere Arbeitsplätze, eine durch höhere Löhne vorangetriebene Wirtschaftsentwicklung und die Modernisierung der Arbeitsbeziehungen sind Schlüsselthemen in den Programmen der Gewerkschaften. Die CGIL hat 2013 einen von Ökonomen und Fachleuten der Gewerkschaft entwickelten »Plan für Arbeitsplätze« veröffentlicht, der (ähnlich wie der »Marshallplan für Europa« des DGB) Vorschläge für eine alternative Wirtschaftspolitik in Italien und der EU beinhaltet. Schwerpunkt ist die Stärkung der Binnennachfrage durch öffentliche Investitionen in Infrastruktur, Umweltschutz, Baudenkmäler und eine »grüne und wissensbasierte Wirtschaft«.

Aktuell sind die Gewerkschaften sehr besorgt über das Projekt der Regierung, den Regionen das Recht zu geben, den größten Teil der Steuereinnahmen auf ihrem Territorium zu behalten. In einem Land, das unter einer enormen Kluft der regionalen Entwicklungen leidet, würde dadurch die nationale Einheit und Solidarität zwischen reichen und armen Landesteilen untergraben.

Auf dem Arbeitsmarkt geht es nach Jahren der Deregulierung darum, die Prekarität zurückzudrängen durch Stärkung unbestimmter Verträge, Rückgabe gestohlener Rechte und Überwindung der Fragmentierungen in der Arbeitswelt — zwischen Insidern und Outsidern am Arbeitsplatz, zwischen den Regionen und entlang der Wertschöpfungskette. Die bislang größte Initiative in diese Richtung war 2016 die von der CGIL gestartete Volkspetition mit einer Million Unterschriften für eine ehrgeizige »Charta der universellen Arbeitsrechte«, die in 97 Artikeln das gesamte Arbeitsrecht, die Arbeitsbeziehungen und den so-

zialen Schutz neu gestaltet, um die neuen Formen der Arbeit abzudecken.

Die Gewerkschaften verlangen eine Modernisierung der Arbeitsbeziehungen mit folgenden Kernpunkten: demokratische Kriterien für die Beteiligung an Tarifverhandlungen und die Unterzeichnung verbindlicher Vereinbarungen; Verringerung der Fragmentierung innerhalb der Branchen; Festhalten am zweistufigen System mit dem Vorrang der nationalen Abkommen; Schaffung eines Mechanismus der Allgemeinverbindlicherklärung als Alternative zum gesetzlichen Mindestlohn; Beteiligung der Arbeitnehmer*innen in verschiedenen Formen einschließlich der betrieblichen Mitbestimmung auf Vorstandsebene. Darüber hinaus haben sich die drei großen Gewerkschaften kürzlich auf den Grundsatz geeinigt, dass die Lohnpolitik nicht allein dem Inflationsausgleich dienen dürfe, sondern zu einem nachfragegetriebenen nachhaltigen Wachstum beitragen müsse.

Zugleich fordern sie eine Kehrtwende in der europäischen Wirtschaftspolitik weg von der Austeritätspolitik, hin zu einer nachfragebasierten Wirtschaftspolitik durch Stärkung der Tarifvertragssysteme und eine deutliche Reduzierung der Steuerbelastung für Arbeitnehmer*innen bei gleichzeitiger Erhöhung der Steuern auf Kapitalgewinne und Bekämpfung der massiven Steuerhinterziehung.

Auch politisch gibt es wichtige innergewerkschaftliche Akzentverschiebungen. Die Beziehungen zwischen den Gewerkschaftsverbänden sind heute offenbar so gut wie schon lange nicht mehr. Und in der CGIL wurde kürzlich Maurizio Landini, bislang Sekretär des Metallarbeiterverbandes FIOM mit linkem Hintergrund und beliebtester Gewerkschaftsführer des Landes, zum neuen Generalsekretär gewählt. Seine erste Amtshandlung war der Besuch eines örtlichen Büros der Partisanenvereinigung, um die Wurzeln und die Kontinuität des Antifaschismus in Zeiten eines Wiederauflebens faschistischer Tendenzen zu bekräftigen. Anschließend solidarisierte er sich mit den Amazon-Fahrer*innen in ihrem Streik gegen extreme Ausbeutung. Viele Beobachter*innen und Mitglieder erwarten unter seiner Führung eine kämpferischere Vorgehensweise. Er gilt zur Zeit auch als einzige wirkliche Führungspersönlichkeit in dem, was von der Linken übrig geblieben ist.

6. Die Kluft zwischen Machtressourcen und damit erzielter Wirkung

Insgesamt zeigen die italienischen Gewerkschaften nach wie vor ein hohes Maß an Widerstandsfähigkeit, das es ihnen ermöglicht hat, den Anschlägen auf ihre Rechte in den Krisenjahren entgegenzutreten. Gewerkschaftlicher Organisationsgrad und Tarifbindung sind nach wie vor recht hoch. Die Gewerkschaften haben durch die Kombination von Tarifpolitik, Dienstleistungen und neuen Ansätzen des Organizing kulturelle und organisatorische Neuerungen eingeleitet. Die Ausdifferenzierungen in der Arbeitswelt haben zwar die Einheit der Arbeiterbewegung geschwächt, sind aber zugleich Anlass für Bemühungen, ein breiteres Spektrum von Arbeitnehmer*innen durch eine Art interner politisch-kultureller Arbeitsteilung zu erreichen. Der Wettbewerb zwischen den verschiedenen Gewerkschaftsverbänden hat zu einer stärkeren Fokussierung auf die Mitgliedschaft geführt,



9.2.2019, Rom: Demonstration für Arbeitsplätze und Investitionen (dpa)

Forum Gewerkschaften

interessiert, selber einige soziale Themen aufzugreifen, die ihrem Wahlvolk am Herzen liegen wie das sogenannte Bürgergeld, der Vorruhestand, der Mindestlohn – alles unter der Losung »Italiener zuerst«. Am 9. März dieses Jahres haben die drei Gewerkschaftsbünde eine große gemeinsame Kundgebung mit 250.000 Teilnehmer*innen durchgeführt, um gegen die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierung zu protestieren, die Investitionen blockiert und demagogisch auf bloße Hilfsleistungen ausgerichtet ist.

Meinungsumfragen zeigen zwar, dass die Popularität der Gewerkschaften über einen längeren Zeitraum abgenommen hat, aber in jüngster Zeit verzeichnen sie einen ermutigenden Stimmungsumschwung. Eher feindselige Kritiker behaupten gleichwohl, dass die Gewerkschaften im Wesentlichen konservativ, fest in ihren eigenen Hinterhöfen verankert und außerstande seien, sich auf die laufenden Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft als Ganzes einzustellen. In dieser Sichtweise sind die Gewerkschaften nur eine weitere »Kaste«, ein Club von Rentnern und weit weg von jungen Menschen und ihren Bedürfnissen. Dieser Kritik von rechts steht die Kritik von links gegenüber, die den Gewerkschaften vorwirft, zu kompromissbereit gewesen zu sein, und die auf eine Erneuerung hofft, die von der Rückkehr zu einer Basis-orientierten und konfrontativen Herangehensweise getragen ist.

Obwohl sie unterschiedliche Ziele und Hintergründe haben, vernachlässigen beide Sichtweisen etwas: Erstens ist die sinkende Popularität der Gewerkschaften Teil einer breiteren Krise, die das gesamte Spektrum der repräsentativen Institutionen betrifft, einschließlich politischer Parteien, parlamentarischer Institutionen, der Europäischen Union und sogar der Kirche. Zweitens ist es nicht klar, ob die Kritik auf ein Übermaß an Konservatismus beim Sich-Verlassen auf institutionelle Rechte oder auf eine Schwäche bei der Verteidigung derartiger Rechte abzielt, was ja erhebliche Unterschiede in den politischen Konsequenzen hat. Und drittens darf nicht vergessen werden, dass in schwierigen Zeiten, in denen die Bindungen zu politischen Parteien und sozialen Bewegungen wie nie zuvor nachgelassen haben, die Gewerkschaften mit über elf Millionen Mitgliedern in einem Land mit 60 Millionen Einwohner*innen immer noch eine bemerkenswerte Vitalität und Präsenz zeigen.

Literatur

- Carrieri, M./Feltrin, P. (2016): *Al bivio: lavoro, sindacato e rappresentanza nell'Italia d'oggi*, Donzelli Editore.
- Crouch, C. (1998): *Non amato ma inevitabile il ritorno al neocorporativismo*, *Giornale diritto del lavoro e relazioni industriali*, 77.
- ILO (2017): *Trends in collective bargaining coverage: stability, erosion or decline?* *Labour Relations and Collective Bargaining Issue Brief* Nr. 1.
- Simonazzi, A. (2014): *Chronik einer angekündigten Krise*. In: Lehn-dorff, S. (Hrsg.), *Spaltende Integration. Der Triumph gescheiterter Ideen in Europa – revisited*, Hamburg, S. 64-80.

zu mehr gegenseitigem Lernen – allerdings weniger ausgeprägt in solchen Bereichen, in denen sie noch von starker institutioneller Unterstützung oder einem Monopol bei der Interessenvertretung profitieren. Trotz deutlicher Unterschiede zwischen CGIL und CISL in Bezug auf das Gewicht von Nichtmitgliedern wird durchweg der Wert der innergewerkschaftlichen Demokratie betont. CGIL, CISL und UIL unterwerfen die Tarifverträge auf allen Ebenen der Kontrolle durch die betroffenen Beschäftigten, unabhängig davon, ob sie Gewerkschaftsmitglieder sind oder nicht. Das ist nicht überall in Europa üblich.

Trotz dieses vergleichsweise positiven Bildes sehen sich die italienischen Gewerkschaften mit einer Reihe ernster Probleme konfrontiert. Was vor allem ins Auge sticht, ist die Kluft zwischen den Machtressourcen, auf die sich die Gewerkschaften noch stützen können, und den Ergebnissen, die sie damit in den letzten 25 Jahren erzielen konnten. Die Entwicklung der Beschäftigung und der Löhne, das Ausmaß von Arbeitslosigkeit und prekären Beschäftigungsverhältnissen vor allem unter jungen Menschen, der Geltungsbereich sozialen Schutzes, lebenslanges Lernen, Geschlechtergerechtigkeit – bei all diesen Indikatoren liegt Italien am unteren Ende Europas. Nach dem Untergang der historischen Parteien sind die Gewerkschaften praktisch ohne Kooperationspartner im politischen Raum und folglich im politischen System marginalisiert.

Ein weiterer Problemkomplex ist die Krise des Voluntarismus in den Arbeitsbeziehungen, der keine verbindlichen Regeln zur Bewältigung der Fragmentierung innerhalb von Branchen und Wertschöpfungsketten kennt, und der Untergang der neo-korporatistischen Praktiken, die die Arbeitsbeziehungen seit Beginn der 1990er dominiert hatten. Der letzte dreiseitige Sozialpakt zwischen den Tarifparteien und der Regierung wurde 2007 unterzeichnet. Lega und M5S halten nichts von der Vermittlerrolle der Tarifvertragsparteien, sind aber zugleich sehr daran